



Protokoll

der 5. Sitzung des Einwohnerrats

Freitag, 17. November 2023, 20:00 Uhr bis 22:05 Uhr
Jakob und Emma Windler-Saal

Vorsitz	Lang Nicole	parteilos	Präsidentin
Anwesende Mitglieder	Altmann Boris	parteilos	
	Böhni David	SVP	
	Götz Claudio	Pro Stein	
	Käser Werner	FDP	
	Leu Beat	GLP	Aktuar
	Metzger Ruth	SVP	
	Ochsner Daniel	SVP	Stimmenzähler
	Spescha Peter	SP	
	Suter Roman	FDP	
	Vetterli Markus	SP	Stimmenzähler
	Zepf Getto Waltraud	SP	Vize-Präsidentin
	Böhni Ulrich	GLP	Finanzreferent
	Gemperle Christian	parteilos	Baureferent
	Gruhler Heinzer Irene	SP	Werkreferentin
	Rossi Carla	parteilos	Gesellschaftsreferentin
	Ullmann Corinne	SVP	Stadtpräsidentin
	Bär Timo		Stadtschreiber
	Büchi Stephan		Weibel
Abwesende Mitglieder	Bächi Carolina	Pro Stein	
	Dean-Wüthrich Cornelia	SP	
	Stamm Christoph	GLP	
Protokoll	Good Simone		

Traktandenliste

1. Protokollgenehmigung
2. Ersatzwahl Mitglied Kommission Soziales/Gesundheit/Betreuung/Bildung/Kultur/Wirtschaft
3. Totalrevision Geschäftsordnung des Einwohnerrats
4. Teilrevision des Reglements der Geschäftsprüfungskommission
5. Orientierungsvorlage: «Strategie öffentliche Parkierung Personenwagen, Cars und Zweiräder»
6. Miete Parkhaus Grossi Schanz
7. Interpellation «Abgelehntes Reglement Nutzung öffentlicher Raum»
8. Informationen und Umfrage

1. Protokollgenehmigung

Werkreferentin Irene Gruhler Heinzer: Sie hat eine Korrektur zu Seite 11 und wünscht ihre Aussage wie folgt zu ändern: «Ein Zangenschlepper ist, wie es der Name sagt, ein Forstfahrzeug, welches mit einer grossen Zange dicke Baumstämme schleppen kann. Er kann aber noch viel mehr.»

Der Einwohnerrat beschliesst einstimmig:

Der Änderungsantrag wird genehmigt.

Der Einwohnerrat beschliesst einstimmig:

Das Protokoll der Sitzung vom 15. September 2023 wird genehmigt.

2. Ersatzwahl Mitglied Kommission Soziales/Gesundheit/Betreuung/Bildung/Kultur/Wirtschaft

Markus Vetterli, SP: Er schlägt Peter Spescha für die Kommission vor.

Claudio Götz, Pro Stein: Die Bürgerliche Fraktion unterstützt diesen Vorschlag.

Der Einwohnerrat wählt mit 10 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung:

Peter Spescha wird in die Kommission Soziales/Gesundheit/Betreuung/Bildung/Kultur/Wirtschaft gewählt.

3. Totalrevision Geschäftsordnung des Einwohnerrats

Vorstellung Traktandum

Einwohnerratspräsidentin Nicole Lang: Am 24. Februar 2023 hat der Einwohnerrat die Bildung einer Spezialkommission für die Überarbeitung der Geschäftsordnung des Einwohnerrats bewilligt. Die Kommissionsmitglieder (Claudio Götz, Werner Käser, Nicole Lang, Markus Vetterli, Waltraud Zepf Getto und sie) haben in fünf Sitzungen die derzeitige Fassung der Geschäftsordnung geprüft und mit den Erfahrungen aus dem Ratsbetrieb, mit den Regelwerken von anderen Einwohnerräten und auch dem vom Grossen Stadtrat Schaffhausen verglichen. Das Ergebnis liegt heute Abend vor. Die Änderungen sind in der Synopse ersichtlich, ein paar Änderungen möchte sie aber noch kurz erwähnen: Fraktionen finden erstmals Erwähnung in der Geschäftsordnung, Wahl und Aufgaben des Büros werden durch die Geschäftsordnung ausführlicher geregelt, Protokollführung und Protokollgenehmigung werden neu geregelt. Sie bittet im Namen der Spezialkommission diesem Antrag zuzustimmen.

Eintreten

Claudio Götz, Pro Stein, Bürgerliche Fraktion: Wir sind für Eintreten und danken für die gemachte Arbeit.

Waltraud Zepf Getto, SP, SP Fraktion: Die Fraktion hat die Unterlagen vorgängig diskutiert. Grundsätzlich sind sie einverstanden und sind für Eintreten.

Detailberatung

Peter Spescha, SP: Er hat eine Frage zu Seite 3. Zur Protokollgenehmigung gibt es zwei Szenarien: Das Protokoll gilt als genehmigt, wenn keine Änderungen vorliegen. Anders ist es, wenn Änderungsanträge

vorliegen. Zur zweiten Vorgehensweise hat er Vorbehalte. Er ist der Ansicht, dass das Gremium, über welches das Protokoll erstellt wird, dieses auch abnehmen muss. Die in den Unterlagen vorgeschlagene Vorgehensweise funktioniert nur so lange alles gut läuft. Wenn aber Unstimmigkeiten vorkommen, kann es zu unschönen Diskussionen führen. Er möchte die Sache in der momentan guten Stimmung gut regeln. Er schlägt vor, dass das Protokoll nach wie vor vom Einwohnerrat genehmigt werden sollte und stellt hiermit den Änderungsantrag, dass der Einwohnerrat das Protokoll genehmigt.

Werner Käser, FDP: Er kann mit dem Antrag von Peter Spescha gut leben. Die Arbeitsgruppe hat versucht, den Ablauf bei der Protokollerstellung effizienter zu machen. Er bestätigt, dass die Protokollgenehmigung im Einwohnerrat nicht viel Zeit braucht. Wenn man nun beschliesst, dass das Protokoll an der Einwohnerratssitzung genehmigt wird, möchte er den Vorschlag vom Stadtschreiber Timo Bär gutheissen, dann müsste man auch Absatz 2 anpassen.

Einwohnerratspräsidentin Nicole Lang: Sie liest die angepassten Texte vor:

1. Die Protokolle des Einwohnerrats werden allen Mitgliedern des Einwohnerrats, dem Ratssekretariat, dem Stadtrat sowie der Öffentlichkeit vier Wochen nach der Sitzung (elektronisch) zugänglich gemacht, unter dem Vorbehalt der Genehmigung gemäss Abs. 2.
2. Der Einwohnerrat genehmigt das Protokoll. Das Protokoll wird zu Beginn der nächstmöglichen Sitzung zur Diskussion gestellt. Dabei können Anträge auf Berichtigung oder Ergänzung gestellt werden.
3. Absatz 3 wird gestrichen.

Stadtschreiber Timo Bär: Er weist daraufhin, dass noch ein Teil weggelassen wurde. Dies im Absatz 2, zweiter Satz: Das bereinigte und genehmigte Protokoll wird den Mitgliedern des Einwohnerrats, dem Ratssekretariat sowie dem Stadtrat, mit Hinweis auf die Protokollberichtigung, nochmals elektronisch zugestellt und im Internet veröffentlicht. Dann kann Absatz 3 gestrichen werden.

Peter Spescha SP: Er beantragt die Änderung von Artikel 12 wie folgt:

1. Die Protokolle des Einwohnerrats werden allen Mitgliedern des Einwohnerrats, dem Ratssekretariat, dem Stadtrat sowie der Öffentlichkeit vier Wochen nach der Sitzung (elektronisch) zugänglich gemacht, unter dem Vorbehalt der Genehmigung gemäss Abs. 2.
2. Der Einwohnerrat genehmigt das Protokoll. Das Protokoll wird zu Beginn der nächstmöglichen Sitzung zur Diskussion gestellt. Dabei können Anträge auf Berichtigung oder Ergänzung gestellt werden. Das bereinigte und genehmigte Protokoll wird den Mitgliedern des Einwohnerrats, dem Ratssekretariat sowie dem Stadtrat, mit Hinweis auf die Protokollberichtigung, nochmals elektronisch zugestellt und im Internet veröffentlicht.
3. Absatz 3 wird gestrichen.

Der Einwohnerrat beschliesst einstimmig:

Der Änderungsantrag wird einstimmig genehmigt.

Claudio Götz, Pro Stein: Er fragt zu Artikel 29, ob es klar ist, an wen die Rückweisung geht. Aufgrund keiner Rückmeldung stellt er fest, dass es allen klar zu sein scheint und nichts unternommen werden muss.

Claudio Götz, Pro Stein: Er teilt zu Artikel 37 «Motion» mit, dass die Zuständigkeit des Einwohnerrats ergänzt werden muss mit oder der Einwohnergemeinde. Dies ist rausgefallen und müsste korrigiert werden.

Markus Vetterli, SP: Er fragt nach dem Sinn dieser Ergänzung. Gibt es einen solchen Fall?

Stadtschreiber Timo Bär: Er hat das abgeklärt. Es ist in anderen Geschäftsordnungen anderer Gemeinden auch drin und sollte ergänzt werden. Es könnte so einen Fall geben.

Claudio Götz, Pro Stein: Er beantragt den Änderungsantrag zu Artikel 37 wie folgt:

Durch eine Motion wird dem Stadtrat der Auftrag erteilt, eine Vorlage zur Änderung, Ergänzung oder zum Neuerlass der Verfassung, von Gesetzen, Verordnungen oder für andere, in die Zuständigkeit des Einwohnerrats oder der Einwohnergemeinde fallende Beschlüsse zu erarbeiten.

Der Einwohnerrat beschliesst einstimmig:

Der Änderungsantrag wird einstimmig genehmigt.

Claudio Götz, Pro Stein: Er weist zu Artikel 38 hin, dass die Entscheidungsbefugnis durch den Stadtrat nicht beschränkt wird. Dies versteht sich von alleine. Dies wurde so besprochen und alle wissen Bescheid.

Der Einwohnerrat beschliesst einstimmig:

Die Totalrevision der Geschäftsordnung des Einwohnerrats wird genehmigt und per 1. Januar 2024 in Kraft gesetzt.

4. Teilrevision des Reglements der Geschäftsprüfungskommission

Vorstellung Traktandum

Einwohnerratspräsidentin Nicole Lang: Bei der Überarbeitung des Reglements des Einwohnerrats wurde festgestellt, dass das Reglement der GPK in einigen Punkten anzupassen ist und in wenigen Punkten kleinerer redaktioneller Änderungen bedarf. Die GPK hat den Ausführungen der Kommission zugestimmt und einzelne zusätzliche Anpassungen vorgeschlagen. Sie bittet im Namen der Spezialkommission, diesem Antrag zuzustimmen.

Eintreten

Beat Leu, GLP, Bürgerliche Fraktion: Sie sind für Eintreten.

Waltraud Zepf Getto, SP, SP Fraktion: Durch die Überarbeitung der Geschäftsordnung im Einwohnerrat sind in der Geschäftsordnung der GPK Änderungen nötig, insbesondere Artikel 10, 11, 14 und 17. Sie sind einverstanden, dass die Artikel 11 und 17 aufgehoben werden und sind für Eintreten.

Detailberatung

Markus Vetterli, SP: Er hat eine formelle Frage zu Seite 3. Würde es keinen Sinn machen, das Wort Artikel zu streichen und nur die Nummer zu drucken?

Werner Käser, FDP: Sie haben das vorabgeklärt. Der Stadtschreiber kam zum Schluss, dass die Nachverfolgbarkeit so besser ist. Deshalb wird das so dargestellt.

Der Einwohnerrat beschliesst einstimmig:

Die Teilrevision des Reglements der Geschäftsprüfungskommission wird genehmigt und per 1. Januar 2024 in Kraft gesetzt.

5. Orientierungsvorlage: «Strategie öffentliche Parkierung Personenwagen, Cars und Zweiräder»

Vorstellung Traktandum

Finanzreferent Ulrich Böhni: Er stellt die Orientierungsvorlage anhand einer PowerPoint-Präsentation vor. Er fasst die Orientierungsvorlage und die Vorlage «Miete Parkhaus Grossi Schanz» in der Präsentation zusammen, da sie eng zusammenhängen. Er zeigt die vom Stadtrat festgelegten fünf Ziele auf:

1. Aufwertung des Stadt- und Landschaftsbilds und negative Auswirkungen auf die Ökologie minimieren;
2. Flächensparende Anordnung und andere Nutzung der freigespielten Fläche für mehr Aufenthaltsqualität;
3. Parkplatzsuchverkehr soll möglichst vermieden werden;
4. Kurz- und Langzeit-Parkfelder soll auf öffentlichem Grund etwa der heutigen Anzahl entsprechen;
5. Die Erreichbarkeit der Altstadt soll auch künftig sichergestellt sein.

Das Kosten-Nutzen-Verhältnis der Parkierungslösung soll optimiert werden. Eine Standortevaluation wurde durchgeführt. Ziel ist, auf den heutigen Carparkplätzen neuen Platz zu schaffen, auch für Velos und Motorräder. Es wurde eine sogenannte gewichtete Evaluation durchgeführt. Folgende Standorte wurden geprüft: Östlich des Forststützpunkts, Lagerplatz des Forststützpunkts, oberer Obstmäart, Hettler-Areal, Eggli-Areal und das Schützenhaus. Als bestmögliche Varianten haben sich die zwei Lösungen beim Forst in den Vordergrund gestellt. Die Varianten sind nun beim Kanton zur Prüfung. Anschliessend gibt es eine Vorlage an den Einwohnerrat.

Im Januar 2021 wurde eine Wirtschaftlichkeitsanalyse durchgeführt. Im 2021 wurde auch eine Inventur und Bewegungsanalyse gemacht. Aktuell gibt es 698 öffentlich zugängliche Parkplätze. Die Wirtschaftlichkeitsanalyse wurde diskutiert, die Parkpreise wurden geprüft. Bei idealer Belegung ist man mit CHF 3.00/h kostendeckend. Er betont, dass der Parkplatzfonds finanziert werden muss. Wenn sich das Parkhaus nicht trägt, fehlt das Geld für den Parkplatzfonds. Stein am Rhein muss mit den Parkplätzen Geld verdienen, damit die Kosten gedeckt werden können. Wichtige Projekte in diesem Zusammenhang sind den Hettler-Parkplatz neu zu trennen, mit dem Ziel, mehr Grünraum im Stadtgarten zu schaffen.

Das Parkhaus «Grossi Schanz» beeinflusst ein mögliches, künftiges Parkhaus im «Obstmäart» positiv. Es könnte dadurch ein Stockwerk eingespart werden. Die Kosten wären tiefer.

Er gibt darüber hinaus Auskunft über die kurz- bis mittelfristige Vorgehensweise. Das Ziel ist es, das Parkhaus Schanz mit 67 Parkplätzen zu mieten, was in einem ersten Schritt zu einer Parkplatzzunahme führen wird. Der Zweck dieser Miete ist aber die Kompensation für andere Altstadtparkplätze. An der Schifffländi würden zehn Parkplätze aufgehoben. Die Stadt hat insgesamt genügend Parkplätze.

Er präsentiert die Karte des Schifffländi-Projekts, das die Grosssteganlage und die Verbindung zwischen Stadtgarten und Schifffländi umfasst. Dieses Projekt wurde von der Jakob und Emma Windler-Stiftung geschenkt. Des Weiteren wird die Erweiterung des Schützenhausparkplatzes vorgestellt, welches ein weiteres Projekt darstellt.

Die Verlegung des Carparkplatzes, um dadurch zusätzliche Parkmöglichkeiten im «oberen Obstmäart» zu schaffen, ist derzeit in der Planung.

Betreffend Parkhaus «Grossi Schanz» ist der Stadtrat der Meinung, dass mit dem vorliegenden Mietvertrag eine für die Stadt gute Situation ausgehandelt wurde. Die vorgesehenen Parkplätze sind ebenfalls mit den geplanten Ausgängen abgestimmt. Das Parkhaus ist mit dem Lift auch behindertengerecht.

Die Unterhaltskosten des Parkhauses sind grosszügig gerechnet. Er zeigt anhand Berechnungen und Tabellen auf, wieviel man auf den verschiedenen Parkarealen erwirtschaften muss, um kostenneutral zu sein. Er informiert auch, dass nicht alle Investitionen in der Investitionsrechnung verbucht werden. Die Jahresparkscheibe für Stein am Rhein und Umgebung bleibt bestehen und wird auch für das Parkhaus gelten.

Zeitlich ist der Ablauf wie folgt geplant: Die Parkgebühren und Parkgebühreneinteilung werden im 2024 bis spätestens 2025 überarbeitet. Alle Parkplätze und Kosten werden geprüft. Die bestehende Parkscheibe wird grundsätzlich nicht angetastet. Er bedankt sich bei der Verwaltung für die Unterstützung bei dieser Arbeit.

Detailberatung

Beat Leu, GLP: Er bedankt sich für die Strategie. Es ist ein guter Weg für zielgerichtete Parkplätze. Was er vermisst, ist die Planung mit Ladestationen für Velos und Motorräder. Wie sieht es aus, auch bei Parkplätzen, welche die Stadt an Einwohnerinnen und Einwohner vermietet? Er bemerkt, dass er informiert ist, dass im Parkhaus etwas vorgesehen ist.

Finanzreferent Ulrich Böhni: Momentan ist das noch nicht so weit konzeptioniert, dass man schon weiss, wie es umgesetzt wird. Die Stadt ist erst in der Grobplanung. Ladestationen im Zusammenhang mit Autos wird künftig in jeder Umsetzung Gegenstand sein. Auch Velostationen werden entsprechend geplant.

Werkreferentin Irene Gruhler Heinzer: Die heute vorhandenen Auto-Ladestationen wurden der EKS übergeben. Im Moment hat ihres Wissens die EKS nichts weiter geplant. Sie findet den Hinweis betreffend Anwohnerinnen und Anwohner sehr wichtig. Auch die Altstadtbewohnerinnen und Altstadtbewohner sollten die Möglichkeit haben, ihre Elektroautos zu laden. Eine Möglichkeit sieht sie mit einer Überdachung der offenen Parkflächen mit PV-Anlagen, so dass man diese damit direkt aufladen könnte. Somit wäre Beschattung, Energiegewinnung und das Laden von Elektroautos in einem sichergestellt. Dies sind aber erst Ideen.

Beat Leu, GLP: Wird das in die Strategie aufgenommen?

Finanzreferent Ulrich Böhni: Das ist eine Diskussion, die bei jeder Parkplatzsanierung gemacht wird. Es gibt heute Vorschriften, wie viele Installationen gemacht werden müssen und das ist auch sinnvoll. Die Aussage von Irene Gruhler Heinzer ist zu überlegen, ist aber noch nicht geprüft und nicht offiziell. Es wurde bis heute nur darüber diskutiert.

Werner Käser, FDP: Er hat eine kleine Korrektur und Ergänzung. Für ihn gibt die Miete des Parkhauses Schanz kein Plus, sondern einfach die teilweise Wiederherstellung, die man bis im Jahr 2018 hatte. Diese Parkplätze sind mit der Schliessung Migros weggefallen.

Boris Altmann, Parteilos: Er möchte da widersprechen. Es gibt genügend Kapazität, die Parkplätze bei der Migros wieder zu aktivieren, damit andere aufgehoben werden können.

Markus Vetterli, SP: Die Waage wird irgendwo dazwischenliegen. Der Grossteil war damals für die Migros-Kunden und nicht für die Altstadt.

Finanzreferent Ulrich Böhni: Erstens war es schon sehr lange her und zweitens war das Parkhaus nur eine gewisse Zeit auch am Sonntag offen. Er bittet darum, diese Diskussion nicht zu intensiv zu führen. Er will keine Diskussion zu den Richtzahlen von Parkplätzen starten. Die Studie zeigt eine Anzahl Parkplätze auf und davon sollte ausgegangen werden. Diese Anzahl Kurzzeitparkplätze genügen in der Regel. Die Stadt hat keine Mangelsituation. Es gibt Mehrkosten, die Parkplätze sind teurer.

Markus Vetterli, SP: Er erkundigt sich bezüglich der Wirtschaftlichkeitsrechnung und des Parkplatzfonds, da anscheinend ein Defizit von 67-mal CHF 3'500.00, also insgesamt CHF 200'000.00 entsteht. Er fügt hinzu, dass von der Jakob und Emma Windler-Stiftung etwa CHF 100'000.00 erwartet werden können. Hierbei gibt er zu verstehen, dass er möglicherweise eine Unklarheit sieht oder einen Denkfehler hat.

Finanzreferent Ulrich Böhni: Man kann das nicht direkt miteinander vergleichen. Es ist nicht Geld was fehlt. Man muss bereit sein, dieses auszugeben. Man muss sich bewusst sein, was diese Parkierungsorganisation kostet. Es handelt sich im Grunde genommen um Massnahmen zur Förderung des Tourismus und Einkaufs. Sollten sich unter Umständen eine entstehende Negativbilanz ergeben, wäre es möglicherweise sinnvoll, diese dem Parkierungsfonds zuzurechnen. Das heisst, die Unterhaltskosten des Parkhauses müssten dem Parkierungsfonds belastet werden. Die Parkgebühren müssen sicherstellen, dass man das Geld gut kompensieren kann. Die Anwohnerinnen und Anwohner haben die Parkscheibe. Mit den heutigen Gebühren kann man die Infrastruktur nicht zahlen und es kann nicht sein, dass der Steuerzahler diese bezahlt. Bei zusätzlichen Parkplätzen, würden diese nicht mehr benutzt werden, denn die Stadt hat ja bereits genügend. Es würde sich nur anders verteilen.

Peter Spescha, SP: Er hat eine Frage zu Seite 7. Er begrüsst die Vorlage und hofft, dass auch erkennbare Massnahmen folgen. Man hat schon verschiedene Konzepte gesehen. Er begrüsst den Hinweis auf das Handbuch «Veloparkierung» des ASTRA, da dort wichtige Informationen vorhanden sind, wie zum Beispiel Diebstahl und Witterungsschutz, Zufahrt etc. Er verweist, dass Veloparkplätze beim Altstadt-Eingang, welche ansprechend gestaltet sind, ein wichtiger Punkt sind. Auf Seite 9 hinterfragt er den Sinn, weshalb die Carparkplätze Richtung Forst verlegt werden. Er sieht den Grund mit der Parkplatzschaffung, bittet aber, an die entstehenden Car-Mehrfahrten durch diesen Standort zu denken. Wie wird das geregelt, wenn die Besucherinnen und Besucher alle zum gleichen Zeitpunkt vom Städtli zum Car gehen, weil sie einsteigen müssen? Wie wird das mit dem Velo- und Fussweg geregelt, wenn da die Carparkplätze über den heutigen Velo- und Fussweg führen? Wurde der Hang zwischen Rhein und Forst geprüft? Muss eventuell mit einem Hangrutsch gerechnet werden, wenn die grossen, schweren Cars da parkieren? Er erachtet es als eine grosse Herausforderung, eine gute Lösung für die Carparkplätze zu finden.

Finanzreferent Ulrich Böhni: Die Veloparkplätze sind ein grosses Thema und in Planung. Stein am Rhein ist jetzt im Agglomerationsprojekt beim Bund dabei, da gibt es auch Geld für Lösungen. Er unterstützt die Forderung, dass die Veloproblematik gelöst werden muss.

Betreffend der Verlegung Busparkplatz ist sich der Stadtrat den von Peter Spescha angesprochenen Fragen bewusst. Erst muss aber das Vorprüfverfahren abgeschlossen werden. Es ist bekannt, dass der Hang beim Forst eine Hangrutschsituation hat. Dies wird geprüft. Momentan ist man noch in der Projektstudie. Es gibt eine Vorprüfung und die Stadt ist sich dieser speziellen Fragestellung bewusst.

Stadtratspräsidentin Corinne Ullmann: Auch im Tourismus-Konzept ist das Thema Velo und Besucherparkplätze dabei. Es ist erfreulich festzustellen, dass alle Prozesse derzeit zeitlich gut parallel verlaufen.

Markus Vetterli, SP: Er möchte zu Peter Speschas Aussage anfügen, dass er persönlich der Meinung ist, dass man heute mit der Lösung der «Grossen Schanz» an einem anderen Punkt steht als zum Zeitpunkt der Überweisung des Postulats. Mit den neuen Carparkplätzen würden die Touristen an den Rand verbannt, in einer Zeit der allerhöchsten Touristendichte. Die PW-Nutzerinnen und Nutzer brauchen pro Person die viel höhere Nutzung als ein Car, wo ca. 50 Leute pro Car kommen. Die Idee mit der Photovoltaikanlage, welche man heute so gestalten kann, dass sie auch die Altstadt nicht stört, unterstützt er sehr. Dies wäre auch eine Vision für die Carparkplätze in der Nähe, wie zum Beispiel bei der Fridau.

Werkreferentin Irene Gruhler Heinzer: Es geht da um das Postulat Schöffeler, welches überwiesen worden ist und der Stadtrat den Auftrag erhalten hat, Lösungen zu präsentieren. Betreffend Sicherheit des Velowegs, ist das dann Kantonssache. Der Kanton wird das zu gegebener Zeit prüfen.

Finanzreferent Ulrich Böhni: Sobald die örtlichen Parkplätze, respektive die Carparkplatzlösung vorhanden ist, kann man die Gestaltung planen. Das Projekt wird unter Berücksichtigung der maximalen Begrünung geplant. Der Stadtrat ist offen. Es wird jetzt abgeklärt und dann entschieden.

Claudio Götz, Pro Stein: Die Touristen, welche mit dem Car kommen, sind in der Regel nur kurze Zeit in Stein am Rhein und die Wertschöpfung ist oft kleiner als bei anderen Touristen. Er ist der Meinung, dass die PW-Touristen die Plätze in Altstadt Nähe haben sollen.

Stadtpräsidentin Corinne Ullmann: Früher sind diese Cars üblicherweise gekommen, um irgendwo zu essen. Heute nehmen sie das Picknick mit, konsumieren nicht und bezahlen nicht einmal Parkgebühren.

Peter Spescha, SP: Wenn man südlich von der Brücke mehr Parkplatzmöglichkeiten hätte, hätte man auch eine geringere Belastung auf der Brücke.

Finanzreferent Ulrich Böhni: Zusammengefasst auf die Mietvorlage bezogen, wird die Diskussion über die Parkierung in Stein am Rhein Süd abgehandelt. Die Problematik ist immer «wie kann man dem Fahrer befehlen, wohin er fährt und wie weit er laufen muss». Der Input ist interessant, aber dann müsste alles anders konzeptioniert werden. Dann muss man zum Beispiel mit einem Shuttlebus arbeiten. Es gab bereits solche Diskussionen. Im Moment hat man sich aber auf die bestehenden Parkplätze festgelegt und mittelfristig ist nichts angedacht, dass die Autos südlich parkieren und die Leute irgendwie rübergebracht werden.

Markus Vetterli, SP: In Bezug auf ein mögliches grosses Parkhaus beim «Obstmäart» gibt er den Input, dass Entscheidungen oft von aktuellen Trends beeinflusst werden. Man hat keine Ahnung, wie das Verkehrssystem in zehn oder 20 Jahren aussieht. Die Chance, dass so ein Parkhaus ein Investitionsfehler wird, ist da. Deshalb begrüsst er die Lösung des Migros-Parkhauses.

Finanzreferent Ulrich Böhni: Der Stadtrat ist nicht gegen so ein grosses Parkhaus, wenn man alle Parkplätze rundherum zum Verschwinden bringen könnte. Es ist ein finanzielles Thema. Der Planer hat aber auch darauf hingewiesen, dass man bei solchen Investitionen eher vorsichtig sein soll, da man wie schon erwähnt, nicht genau weiss, wohin die Reise geht.

6. Miete Parkhaus Grossi Schanz

Vorstellung Traktandum

Bericht BLWSU

Claudio Götz, Pro Stein, BLWSU: Wichtig war der Kommission, dass man die Zusammenhänge im Kontext mit der Orientierungsvorlage sieht. Es ist eine logische Folge. Wer A sagt, muss auch B sagen. Man könnte noch über die Preise streiten. Die Kommission empfiehlt der Vorlage zuzustimmen. Die touristische Nutzung ist heute zu günstig. Günstiger wie heute wird nie mehr parkiert. Die Nutzung und die Kosten werden steigen, weil die Stadt investieren muss.

Eintreten

Daniel Ochsner, SVP, Bürgerliche Fraktion: Vieles wurde schon gesagt. Ein Teil der Konsequenz ist, dass ein Teil der Parkplätze aufgehoben wird. Dass dies etwas kostet, ist so. Nichtsdestotrotz findet die Fraktion es wichtig und richtig, dass für Ortsansässige die Parkkarte bestehen bleibt.

Markus Vetterli SP, SP Fraktion: Die SP bedankt sich beim Stadtrat für das umsichtige Vorgehen in diesem Geschäft. Einerseits wurde klar, dass sehr viel Arbeit und Hartnäckigkeit in das Geschäft der Parkplatzmiete ehemalige Migros investiert wurde, um diese wichtige Chance unbedingt zu nutzen.

Andererseits ist für die Glaubwürdigkeit – auch vor dem Volk – entscheidend, dass diese Miete glaubwürdig in ein Gesamtkonzept Parkierung eingebettet ist. Hier wurden sehr sorgfältig Grundlagen erarbeitet. Auch für die SP macht die Miete Parkhaus Grossi Schanz absolut Sinn, als in jeder für sie denkbaren Variante, wichtiger Pfeiler eines noch fertig auszugestaltenden Parkierungskonzepts. Wirtschaftlich und risikobezogen, aber auch ökologisch und städtebaulich ist – soweit dies möglich ist – die Nutzung bestehender Bausubstanz allen andern Lösungsansätzen vorzuziehen, was hier als Teillösung sehr gut gelingt und sogar mit sehr überschaubaren Risiken für die Stadt. Die SP Fraktion ist auch sehr zufrieden, dass die Basisinstallation für E-Ladestationen in der Vorlage vorgesehen ist. Im

Übrigen schliesst sich die SP Fraktion dem Bericht der Kommission BLWSU an. Nach eingehender Beratung ist die SP Fraktion für Eintreten, wird der Miete zustimmen und das Geschäft auch mit Überzeugung zustimmend vor dem Souverän vertreten.

Der Einwohnerrat beschliesst einstimmig:

1. Der Mietvertrag für das Parkhaus Grossi Schanz mit 67 Parkplätzen über jährlich wiederkehrende Kosten von CHF 112'986.10 sowie jährlichen Betriebskosten in der Höhe von CHF 50'000.00 wird genehmigt.
2. Der Kredit von CHF 160'000.00 für den Ausbau des Parkhauses Grossi Schanz wird genehmigt.

7. Interpellation «Abgelehntes Reglement Nutzung öffentlicher Raum»

Wortmeldung Interpellant

Peter Spescha, SP: Man konnte seine Interpellation lesen. Er ist auf die Antworten gespannt.

Wortmeldung Stadtrat

Werkreferentin Irene Gruhler Heinzer: Sie verliest die Stellungnahme des Stadtrats zum Postulat:

1. Ist der Stadtrat grundsätzlich der Meinung, dass die alten Reglemente eingehalten werden müssen?

Mit der Ablehnung des neuen Reglements zur Nutzung des öffentlichen Raums gelten die bisherigen Reglemente und Verordnungen. Diese jetzt gültigen Erlasse gilt es umzusetzen.

2. Werden die oben genannten Reglemente in der Altstadt eingehalten?

Die Stadtpolizei hat im August/September eine Bestandsaufnahme der Nutzung des öffentlichen Raums durchgeführt. Eine solche Bestandsaufnahme wäre auch bei der Annahme des neuen Reglements erfolgt. Die Bestandsaufnahme hat verschiedene, nicht den gültigen Erlassen entsprechende, Nutzungen des öffentlichen Raums aufgezeigt.

3. Wenn diese vorgängigen Fragen mit nein beantwortet werden, was gedenkt der Stadtrat zu unternehmen, oder was wurde unternommen um den Ansprüchen der Reglemente gerecht zu werden?

Die Verwaltung erarbeitet aktuell einen Vorschlag für den Stadtrat, wie mit der aktuellen Situation umgegangen werden soll. Der Stadtrat ist sich bewusst, dass die aktuellen Erlasse nicht überall eingehalten werden. Es geht nun darum, wo möglich die aktuellen Zustände zu «legalisieren» und wo notwendig die Erlasse durchzusetzen. Die Legalisierung betrifft vor allem die private Nutzung des öffentlichen Raums. Die Durchsetzung der bestehenden Erlasse ist beispielsweise im Bereich der Gebühren notwendig. Als Beispiel wurden die Gebühren für Warenauslagen in den vergangenen Jahren nicht pro Quadratmeter berechnet, sondern pro Warenauslage.

Für Private gibt es aktuell nur eine Regelung, die sie betrifft. Diese Regelung beinhaltet, dass jede Nutzung durch den Stadtrat bewilligt werden muss. Der Stadtrat und die Verwaltung suchen nun für die Private Nutzung eine tragbare Lösung, ohne zu viel Bürokratie. Eine Möglichkeit wäre die im abgelehnten Reglement vorgesehene Meldepflicht. Der Stadtrat kann nicht jeden Blumentopf einzeln bewilligen. Absicht ist, dass niemand Blumentöpfe, Tische oder Bänke wegräumen muss. Der Stadtrat wünscht sich eine lebendige und grüne Stadt.

4. Welche Kosten sind für die Erarbeitung dieses Reglements und der zugehörigen Verordnung aufgelaufen?

Die externen Kosten für die Erarbeitung des Reglements samt Verordnungen sowie die Begleitung des politischen Prozesses belaufen sich auf CHF 44'300.00. Die Kosten beinhalten unter anderem folgende Arbeiten: Die Entwicklung des Regelwerks, die Erarbeitung des Vernehmlassungsberichts, Entwurf neue Vorlage Bewilligungen, Beratungsfunktion und Unterstützung bei verschiedenen Präsentationen, Einwohnerratsvorlage, interner Prozessüberprüfungen usw. Ebenfalls beinhalten die Kosten das Abstimmungsmagazin sowie den Informationsanlass. Dazu kommen noch Sitzungsgelder von CHF 6'762.00 für die Arbeitsgruppen. Die Kosten entstanden in den Jahren 2020 bis 2023.

Detailberatung

Peter Spescha, SP: Er bedankt sich für die Ausführungen. Wenn er sich richtig erinnert, hat man schon früher mit dem Reglement gestartet. Sein Eindruck vom Referendum ist, dass dies nicht sachbezogen war. Darum findet er es wichtig, dass bekannt wird, wieviel solche Aktionen kosten.

Markus Vetterli, SP: In welche Richtung stellt sich der Stadtrat die Lösung vor? Wäre es möglich, die Vorlage nochmals zu bringen?

Stadtratspräsidentin Corinne Ullmann: Aktuell bringt der Stadtrat diese Vorlage nicht mehr. In der momentanen Legislatur wird das nicht der Fall sein. Es ging beim Referendum weniger um den Inhalt des Reglements, sondern um etwas Anderes. Der Stadtrat wünscht sich für die Zukunft ein modernes, gutes Reglement.

Werkreferentin Irene Gruhler Heinzer: Es war eine Volksabstimmung und es ist nicht opportun, dass man in den nächsten ein oder zwei Jahren wieder darüber abstimmt. Das Volk hat entschieden. Es gilt nun das vorhandene Reglement umsetzen.

Claudio Götz, Pro Stein: Hat der Stadtrat eine Analyse gemacht, an was es lag? Man könnte Lehren daraus ziehen.

Stadtratspräsidentin Corinne Ullmann: Sie bittet, bei den Fragen der Interpellation zu bleiben. Sie kann sich zur Frage nicht äussern, da es nichts Offizielles dazu gibt.

Boris Altmann, Parteilos: Er vermutet, dass dies mit der Schifffländi zu tun hatte. Er ist der Meinung, dass dies eigentlich so bekannt sei. Es wurden viele Falschinformationen verbreitet. Es ist schade, dass ein solches Geschäft für ein Machtspiel genutzt wird. Jetzt muss man sich um Töpfe und Sitzbänke kümmern. Das ist für die Privaten schade, die im Städtli wohnen.

Roman Suter, FDP: Er hat ebenfalls mit einigen Einwohnerinnen und Einwohner gesprochen und festgestellt, dass die Unterlagen nicht gelesen wurden und man sich nicht bewusst war, dass es nichts mit der Schifffländi zu tun hatte.

Markus Vetterli, SP: Künftig hat der Einwohnerrat die Möglichkeit, solche Fehlinformationen im Abstimmungsbüchlein zu kontrollieren und korrigieren.

Finanzreferent Ulrich Böhni: In den Medien war zu lesen, das Abstimmungsergebnis war eine Klatsche für den Stadtrat. Es war nicht nur eine Klatsche für den Stadtrat, sondern auch eine Klatsche für den Einwohnerrat.

8. Informationen und Umfragen

Waltraud Zepf Getto, SP: Die Einwohnerratspräsidentin hat eine Einladung ins Bundeshaus Bern erhalten. Sie hatte das Glück, diese Einladung zu übernehmen. Die Einladung wurde durch den Nationalratspräsidenten Martin Candinas an alle Gemeinden, welche mit den Wappen im Nationalrat vertreten sind, versandt. Stein am Rhein ist als wichtige Schweizer Gemeinde vertreten. Sie erzählt von dem sehr interessanten Tag in Bern und zeigt das erhaltene Bild mit dem Steiner-Wappen.

Gesellschaftsreferentin Carla Rossi: Am 17. Januar 2024 findet die Neuevaluation zum Unicef-Label mit Rück- und Ausblick statt. Die Zertifizierung wird nochmals gemacht. Für die neue Zertifizierung werden die zwei Themen Jugendcafé und frühe Förderung in die Aktionspläne integriert. An diesem Tag werden der Schulhausbau, der neuer HOGA-Lunch und das Jugendcafé besucht und mit einem Essen in der Kita abgerundet. Die Einwohnerräte und Medien sind zu diesem Anlass eingeladen.

Am 4. Dezember 2023 startet der neue Heimleiter Patrick Reiter. Er hat mit Peter Krüsi zusammen eine Übergabezeit von zwei Wochen.

Baureferent Christian Gemperle: Zur Baunutzungsrevision wurden erste Sitzungen mit der Firma Suter von Känel Wild - Planer und Architekten AG durchgeführt. Die Stadt wurde informiert, wie solche Projekte aussehen und wie die Öffentlichkeitsarbeit durchgeführt wird. Sobald die Stadt bereit ist, wird sie informieren. Die Baubewilligung für das Schulhaus Schanz liegt vor, das Baugesuch für das Provisorium ist eingereicht.

Finanzreferent Ueli Böhni: Zum Budgetprozess 2024 informiert er, dass der Prozess im August intern abgeschlossen wurde. Themen die sich zwischen August und November als wichtig ergeben, werden in einem Nachtragskredit im Novemberbrief eingereicht. Der Spitex-Ausbau läuft. Die Ausschreibung zum Nutzungsänderungsgesuch ist genehmigt. Es gab keine Einsprachen.

Zusammen mit dem Budget gibt es einen ausführlichen Bericht über Vorabklärungen zur Sanierung Rathaus, Steibock und Zeughaus. Die Vorlagen kommen vor das Volk. Das Planerwahlverfahren ist aufgeschaltet.

Die Frist für das Postulat «Riipark» wird eingehalten. Es wird anfangs Jahr vorgelegt.

Die Landwirtschaftsstrategie ist so weit fertig und wird dem Einwohnerrat Anfang nächstes Jahr zugestellt.

Werkreferentin Irene Gruhler Heinzer: Bei der Grünmulde beim Eggli Areal wird regelmässig unsachgemäss Abfall entsorgt. Während etwa drei Monaten wurde versucht, die Bevölkerung darauf aufmerksam zu machen. Es hat keine Besserung gegeben, deshalb wird die Grünmulde vorübergehend weggenommen.

Im Forst hat die Stadt einen Zangenschlepper gemietet, die Arbeiten mussten trotz Regen gemacht werden. Er ist super und die Stadt kann sich freuen, wenn der neue Zangenschlepper eingetroffen ist.

Claudio Götz, Pro Stein: Er möchte den aktuellen Stand zum Pumptrack vor den Alterswohnungen wissen.

Finanzreferent Ueli Böhni: Grundsätzlich ist der Standort nicht vor den Alterswohnungen, sondern in der angrenzenden Fläche geplant. Die Beschwerde wurde abgewiesen. Der Stadtrat hat mit den Betreibern die Planung angeschaut. Es wurde jetzt Kontakt mit den Lieferanten aufgenommen, voraussichtlich wird der Pumptrack zu Beginn der wärmeren Jahreszeit in Angriff genommen. Eine weitere Sitzung findet demnächst statt.

Einwohnerrat Stein am Rhein

Nicole Lang
Einwohnerratspräsidentin

Simone Good
Protokollführerin